

Kritik zum Sozialbericht Der FHH, Drs.20/10600 vom 28.01.2014

Antje Schellner/Ulf Schönert

1. Zur Einleitung

Mit seinem „Sozialbericht der Stadt Hamburg“ versucht der Senat auf stolzen 497 Seiten den Eindruck zu erwecken, im Bereich der Sozialpolitik sei in Hamburg alles in bester Ordnung oder zumindest auf einem guten Weg. doch schon in der Einleitung verwendet der Senat veraltete Zahlen und interpretiert diese dann außerordentlich großzügig, um irgendwie ein positives Bild zeichnen zu können. So heißt es dort euphorisch: „Die Bevölkerung wie auch der Lebensstandard in Hamburg wachsen; immer mehr Menschen haben Zugang zu höherwertiger Bildung gefunden und damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Teilhabe an Arbeit und Wohlstand erhalten.“ Zwar gibt der Senat zu, dass es auch soziale Notlagen und Armutsgefährdung gibt, aber diese betreffen in erster Linie „Alleinerziehende, Personen in atypischer Beschäftigung sowie kinderreiche Familien mit mangelnder Qualifikation“. Der übergroßen Mehrheit der Menschen in der Hansestadt geht es also gut oder sogar immer besser, nur ein vermeintlich kleiner Personenkreis am Rande der Gesellschaft hat es nicht ganz so einfach. So rosig ist die Sicht des Senats auf Hamburg.

Doch die Realität sieht ganz anders aus. Die genannten vermeintlichen Randgruppen wachsen. Und insbesondere atypische Arbeitsverhältnisse sind eine wichtige Ursache für Prekarisierung und spätere Altersarmut. Gerade auf die genannten Gruppen bezogen, sieht es in Hamburg ganz anders aus, als vom Senat dargestellt:

- Der Anteil der Haushalte mit Kindern sinkt seit Jahren, der Anteil der alleinerziehenden Haushalte dagegen wächst. Lag der Anteil der Haushalte mit Kindern an der Gesamtbevölkerung 1980 noch bei 25 Prozent, so sind es mittlerweile nur noch rund 17,4 Prozent. Davon sind 30,9 Prozent alleinerziehend.
Und mehr als ein Drittel dieser Alleinerziehenden-Haushalte ist arm – mit steigender Tendenz: Hatten 2006 noch 29,7 Prozent dieser Haushalte ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, waren es 2012 bereits 35,2%.¹
- „Atypische Beschäftigung“ heißt konkret: Teilzeit, Leiharbeit, befristete oder geringfügige Arbeitsverhältnisse. Die SPD hat in der Bundesregierung den Arbeitsmarkt für diese Art der Beschäftigungen geebnet, so dass es zu einem sprunghaften Anstieg insbesondere der Leiharbeit kam. So ist zwischen 2000 und 2010 die Zahl der normalen Arbeitsverhältnisse kaum gestiegen,

die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse hingegen deutlich; **die Zahl der Leiharbeiter hat sich sogar fast verdoppelt.**²

Außerdem müssen immer mehr Beschäftigte zu einem Niedriglohn arbeiten: 2010 waren 19 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten in Hamburg zu Niedriglöhnen tätig, 2013 war es schon ein Drittel.

- Der Anteil kinderreicher Familien an der Mittelschicht nimmt ab. Kein Wunder, denn Kinder sind ein Armutsrisiko: Wohnungen für Familien mit Kindern sind schwer zu finden und kaum zu bezahlen. Finanzielle Entlastungen für Familien sind in Hamburg Mangelware: Kindergarten, Busfahrkarte, Sportverein, Essensgeld in der Schule und auch die enorm gestiegenen Kosten für Wohnen werden zwar bezuschusst, müssen aber nach wie vor größtenteils von den Eltern aufgebracht werden. Doch Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Infrastruktur auch für kinderreiche Familien ist eine Voraussetzung für Chancengleichheit und Entwicklung einer Gesellschaft. Hier muss Hamburg dringend in seine Zukunft investieren.
- Die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die mit ihren Eltern Leistungen zur Grundsicherung erhalten, lag 2012 mit 21,1 Prozent fast doppelt so hoch wie die der LeistungsbezieherInnen insgesamt (12,4 Prozent). Armut trifft in Hamburg in erster Linie Haushalte mit Kindern.³

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Sozialbericht des Senats vor allem eines dokumentiert: sozialpolitisches Versagen. Die Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre hat ein Anwachsen der Armut zur direkten Folge, insbesondere der Altersarmut. Anstatt Förderungen und Infrastruktur für sozial benachteiligte Gruppen zu stärken, wird gerade in diesem Bereich gekürzt. Die Endsolidarisierung der städtischen Gesellschaft, die Spaltung der Stadt wird unter dem selbstaufgelegten Diktat der „Schuldenbremse“ vorangetrieben.

2. Zentrale Ergebnisse

Im „Sozialbericht der Stadt Hamburg“ kommt der Senat zu zahlreichen positiven Ergebnissen, die eine genauere Betrachtung verdienen.

- **„Im Vergleich zum Bundesgebiet weist Hamburg ein höheres Maß an Ungleichverteilung der Einkommen aus.“ (darauf weist der sogenannte Gini-Koeffizient hin)**
Dieser Satz ist zentral in der Beschreibung der sozialen Situation in Hamburg. Denn die zunehmende soziale Spaltung wird für immer mehr Menschen immer stärker spürbar. Der Sozialbericht macht insgesamt keine Aussage über die innerstädtische Verteilung von Armut. Die Schere zwischen armen und reichen Stadtteilen aber ist immens⁴ und spielt bei der Bewertung eine entscheidende Rolle.

2

² Die Entwicklung der Beschäftigung in Hamburg, T. Buch, H. Seibert, A. Stöckmann; Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, März 2012

3

³ Kinderarmut in Hamburg-ein Randproblem, eine Schrift von J. Bischoff, K. Bullan, Müller; Februar 2014

Ein verzerrtes Bild entsteht unter anderem dadurch, dass im Bericht nur Aussagen zu den „harten“ Faktoren gemacht werden: Messbare Mittelwerte geben zwar Auskunft über die Einkommen, „weiche“ Faktoren, welche die Folge der Armut darstellen und eine sozio-kulturelle Kausalität mit sich bringen, werden jedoch außen vor gelassen. So könnte man die Spaltung der Stadt an bestimmten stadtteilspezifische Details erkennen, zum Beispiel daran, dass in Billstedt - kinderreich und arm - nur jedes zehnte Kind Schwimmen kann, während es in Blankenese nahezu 100% sind. Solche Fakten lässt der Bericht jedoch aus.

Die vorhandene soziale Infrastruktur, die solchen Entwicklungen entgegenwirken könnte, wurde schon seit Jahren massiv abgebaut. Insbesondere seit dem Beschluss von SPD, CDU, FDP und Grünen, eine „Schuldenbremse“ einzuführen, sind Hilfsangebote in den Bezirken auf allen Ebenen geschrumpft, öffentlicher Grund verkauft und privatisiert worden. Im Sozialbericht ist zu lesen, dass „in Hamburg ein höherer Anteil von Menschen als wohlhabend einzustufen ist als im Bundesgebiet. Allerdings blieb der Anteil armutsgefährdeter Menschen im Wesentlichen konstant, während des Anteils der als 'reich' einzustufender Menschen zunahm.“ Dies ist als höchst alarmierend zu bewerten.

Wobei die Definition von „Reichtum“ fragwürdig ist: Im Sozialbericht wird ein Einpersonenhaushalt mit einem monatlichen Brutto von 3010,- Euro schon als reich eingestuft. Dass bei Mieten, die mittlerweile bei rund 10,- Euro pro Quadratmeter liegen, und steigenden Energiekosten schnell mal 1000,- Euro monatlich auch für kleinere Wohnungen zusammenkommen, lassen den statistischen Reichtum auf ein relatives Maß schrumpfen.

- Zwar mögen sich, wie im Sozialbericht an vielen Stellen betont, die Einkommen erhöht haben, aber die Großstadt Hamburg weist auch **vergleichsweise hohe Lebenshaltungskosten** auf. So wird im Bericht angeführt, dass im Zeitraum von 2000 bis 2010 das durchschnittliche Nettoeinkommen der Haushalte um jährlich durchschnittlich 2,9% gestiegen sei. Die Mieten in Hamburg aber sind innerhalb der letzten 10 Jahre um insgesamt rund 25% gestiegen⁵.
 - Dass das **Armutsgefährdungsrisiko der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 2000-2010 weitgehend unverändert** bleibt (12-14%), wird im Sozialbericht scheinbar als Erfolg verbucht, denn es wird darauf hingewiesen, dass es im Bundesgebiet eine leicht steigende Tendenz (von 13% auf 15%) gäbe. Eine zentrale Aussage des Sozialberichts ist, dass *„die Bevölkerung wie auch der Lebensstandard in Hamburg wachsen“*. Es wird jedoch deutlich, dass das Wachstum des Lebensstandards sehr ungleich verteilt ist. Wachstum findet vor allem dort statt, wo es sowieso schon Wohlstand gibt. Große Teil der HamburgerInnen werden hingegen vom Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe abgekoppelt.
- Mit 27% an der Gesamtbevölkerung macht die Gruppe der Migranten einen vergleichsweise hohen Anteil aus (im Bundesdurchschnitt 20%). Das ist mehr als ein Viertel der HamburgerInnen.

4

⁴ Vgl. u.a. Sozialatlas

5

⁵ Ohmoorstudie 2012, Studie des Gymnasiums Ohmoor zu den Angebotsmieten.

Noch höher liegt der Anteil bei den Kindern und Jugendlichen: Rund 46% der unter 18 jährigen in Hamburg haben einen Migrationshintergrund, also fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen.⁶ Umso schlimmer ist, dass diese Gruppe überdurchschnittlich von Armut betroffen ist, denn **in Hamburg haben Menschen mit Migrationshintergrund ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko** von 30% (zum Vergleich: Bei Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 8%). Insbesondere in Haushalten mit Migrationshintergrund ist daher auch die Kinderarmut weit verbreitet.

- **Auch bei der Bildung zeigt sich die soziale Kluft zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund:** Während nur 1% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund keinen Schulabschluss hat, sind es bei Menschen mit Migrationshintergrund 14%. So wundert es auch nicht, dass sich diese Entwicklung fortsetzt: Ihr Anteil an der Gruppe der beruflich nicht Qualifizierten liegt mit 43% - im Hinblick auf ihren Anteil an der Bevölkerung mit 27% - überdurchschnittlich hoch.
Waren 6,6% der deutschen BürgerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen, so waren es bei den AusländerInnen mehr als doppelt so viele, und zwar 15,7%.
Mehr als doppelt so viele Menschen mit Migrationshintergrund (27,7%) sind auf SGBII-Leistungen angewiesen.
- Eine Folge der Politik der letzten Jahrzehnte ist die **zunehmende Verfestigung der Armut**. Ein Drittel der Hamburger Bedarfsgemeinschaften aus 2005 hat sich bis heute nicht aus dem Hilfebezug lösen können. Bei einem ununterbrochenen Langzeitbezug von 24 Monaten und mehr sind es sogar 63 Prozent, bei Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern 59%. Von den Paaren mit zwei und mehr Kindern befinden sich 40% nach zwei Jahren noch im SGBII-Bezug.
- Auch **bei den RentnerInnen und PensionärInnen ist ein deutlicher Anstieg der Armut festzustellen**. Waren 2005 noch 7,6% von Armut bedroht, waren es 2011 bereits 11,7%. **Menschen mit Migrationshintergrund sind dreimal so häufig arm** : Ohne Migrationshintergrund sind etwa 10% von Armut betroffen, mit Migrationshintergrund jedoch fast 30%.⁷ Und das obwohl viele MigrantInnen schon seit mehr als einer Generation, also über 25 Jahre, in Deutschland leben.
Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung beziehen von einer Million Menschen, denen Grundsicherung zusteht, nur 340 000 tatsächlich Leistungen. Überträgt man diesen Wert auf die Altersarmut, ist sie demnach um 68% höher als der offiziell gerechnete Anteil. Dies bleibt im Sozialbericht unberücksichtigt.

6

⁶ Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen, Statistisches Amt , Juni 2011

7

⁷ Drs.20/10521; Große Anfrage DIE LINKE Situation von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg

3. Schlussfolgerungen des Senats und Kommentar der LINKEN

Die Schlussfolgerungen des Senats zeigen, dass die Problemlage grundsätzlich ignoriert wird. Die SPD scheint bezüglich der sozialen Spaltung Hamburgs keinen Handlungsbedarf zu sehen.

„Die Armutsentwicklung hat sich, so zeigen die Daten, endgültig von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Während das Wirtschaftswachstum steigt, bleibt die Armutsgefährdungsquote und die SGBII-Quote unverändert hoch“⁸.

Dieser Spreizung setzt der Senat nur sehr laue Maßnahmen entgegen, die nicht ernst zu nehmen sind. Es ist nicht zu erwarten, dass davon eine effektive Wirkung ausgehen kann.

- So wird zur Maßnahme der **gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund** auf das Hamburger Integrationskonzept verwiesen, Papier ist ja geduldig.
- Frühförderung im Kindergarten und die Jugendberufsagenturen sollen den **Zugang zu Bildung und Beruf** sichern. Das ist geradezu lächerlich im Hinblick auf die massive Kritik gegenüber der schlechten Ausstattung von Stadtteilschulen und der Tatsache, dass Hamburg in der Kinderbetreuung im westdeutschen Vergleich den schlechtesten ErzieherInnenschlüssel⁹ aufweist. Hinzu kommt die jahrelange Unterfinanzierung der Sprach- und Einzelförderung. Trotz prosperierender Wirtschaft muss Hamburg einen Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze um 1,8% verzeichnen.¹⁰ Hier wird der Rückzug der Unternehmen aus der sozialen Verantwortung deutlich.
- Für die **Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit** wird die Neuausrichtung der psychosozialen Beratung als ein Mittel genannt. Dies hieße, den Bock zum Gärtner zu machen, denn es ist das Arbeitsamt selbst, das oftmals den Problemstand der Hilfesuchenden begründet. Zudem lässt der Senat gleichzeitig die niedrigschwelligen Hilfsangebote in den Stadtteilen mit der Begründung der Schuldenbremse austrocknen. Eine unabhängige Beratung der von den Hilfsangeboten Abhängigen ist damit ausgeschlossen.
- Es hat schon eine zynische Note, wenn der Senat als Maßnahme gegen die **steigende Altersarmut** die Vermeidung längerfristiger Unterbrechungsphasen zum Beispiel durch Erziehungszeiten anführt. Dies dürfte kaum die zukünftige Ursache von Altersarmut sein, denn auch die SPD hat in ihrer Koalition mit der CDU einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030 auf nur noch 43% zugestimmt. Hauptsächliche Ursachen der steigenden Altersarmut sind jedoch Arbeitslosigkeit und die sich ausweitenden Niedriglöhne und prekären Arbeitsverhältnisse. Geradezu grotesk wirkt es, wenn der Senat in diesem Zusammenhang auf Bildungsangebote als Maßnahme gegen Altersarmut verweist.

8

⁸ Verhärtung der sozialen Spaltung; Joachim Bischoff und Bernhard Müller, Januar 2014

9

⁹ Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2013, K. Bock-Famulla, J. Lange, Studie der Bertelsmann Stiftung 2013

10

¹⁰ Ausbildungsreport Hamburg 2012/2013

- Als **armutspräventive Maßnahme** wird die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro Stundenlohn angegeben. Doch dieser Mindestlohn ist viel zu niedrig, er enthält geradezu die programmierte Altersarmut. Bei einer steten Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030 auf 43% verbleiben davon, ausgehend von 1360 Euro Brutto bei Vollzeittätigkeit, noch 584,- Euro monatlicher Rente. Schon im Jahr 2011 galt ein Einpersonenhaushalt, dem weniger als 848,- Euro monatlich zur Verfügung steht, als armutsgefährdet. Wenn nun vom Senat darauf verwiesen wird, dass Vollzeitbeschäftigung die Lösung der Armutsproblematik sei, wirkt dies im Hinblick auf die wachsende Zahl der prekären Arbeitsplätze und der Tatsache, dass rund 19% aller Vollzeitarbeitsplätze mittlerweile im Niedriglohnsektor liegen, geradezu zynisch.
- Ein zentraler Faktor findet im Sozialbericht keinen Niederschlag: **Wohnen in Hamburg macht arm.** Bei schrumpfenden Bestand an Sozialwohnungen und gleichzeitig steigenden Mieten und Wohnnebenkosten sind mittlerweile 41% der Hamburger Haushalte berechtigt eine Sozialwohnung zu beziehen. Das sind rund 400 000 Haushalte. Doch mittlerweile gibt es, durch auslaufende Sozialbindungen bedingt, nur noch unter 100 000 Sozialwohnungen, mit weiterhin stark sinkender Tendenz. Die nach Wohnungsbauentwicklungsplan des Senats jährlich hinzukommenden 1200 geförderten Wohnungen können den Schwund nicht einmal ansatzweise auffangen. Allein in den letzten Monaten sind bei rund 10 000 Wohnungen die Sozialbindungen ausgelaufen, ohne dass der Senat steuernd eingegriffen hätte. So ist es kein Wunder, dass auch die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Kommentierung zum Sozialbericht Hamburgs, die Sicherung von angemessenen und bezahlbaren Wohnraum als zentrale Voraussetzung zur Bekämpfung von Armut nennt. Die Sozialverbände fordern, dass die SAGA GWG ihre Wohnungen prioritär an Bedürftige vergeben muss. Dies scheint dem Senat vollständig aus dem Blick geraten zu sein.
- „**Die im Dunkeln sieht man nicht**“, denkt sich wohl der Senat und das scheint ihm nur recht, so steht die längst versprochene Statistik zu den Obdachlosen schon seit längerem aus. Die letzte erfolgte im Jahr 2009 und sollte eigentlich alle vier Jahre aufgestellt werden. Dass die Zahlen seitdem gestiegen sind, ist im Hinblick auf die eskalierende Situation in den Beratungs- und Übernachtungsstellen anzunehmen. Zudem existiert eine unbekannt Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern, die unter widrigsten Bedingungen leben müssen. Die meist von Ehrenamtlichen betreuten Essensausgaben sind nicht mehr in der Lage, die massiv steigende Zahl von Menschen, die um Lebensmittel anstehen, zu versorgen. Obdachloseneinrichtungen werden, trotz der Not, durch Einsparungen der Stadt finanziell derart eingeschränkt, dass sie ihren Aufgaben nur noch eingeschränkt nachgehen können, oder sogar von Schließung bedroht sind. Der Senat verkennt die Problematik einer zunehmend sozial gespaltenen Stadt. Armut hat eine gesamtgesellschaftliche Konsequenz. Die Lebensqualität und Sicherheit aller steht auf dem Spiel.

4. **Dringende Maßnahmen gegen die soziale Spaltung**

Um die im Sozialbericht deutlich werdende Verfestigung von Armut und der Spaltung der städtischen Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, bedarf es eines beherzteren Eingreifens, als es der SPD-Senat ankündigt. DIE LINKE fordert daher umfassende und konsequente Maßnahmen:

- a. Sicherung der Grundbedürfnisses Wohnen
 - Wohnen muss ein Grundrecht sein

- Sofortige Anhebung der Kosten der Unterkunft auf das notwendige - an der Realität der stark gestiegenen Mieten - bemessene Maß.
- Vergabe der Wohnungen von SAGA GWG ausschließlich an bedürftige Menschen
- Der städtische Sozialwohnungsbau muss durch die SAGA GWG ohne zeitliche Befristung der Bindung in großem Ausmaß erfolgen
- Sofortiger Stopp und Verlängerung der auslaufenden Bindungen von Sozialwohnungen
- Leerstehende städtische Gebäude als Notunterkünfte zugänglich machen
- Schaffung von Notunterkünften, die Familien mit Kindern eine kind- und familiengerechte gemeinsame Unterkunft bieten
- Den anteiligen Sozialwohnungsbau von $\frac{1}{3}$ auf verbindliche $\frac{1}{2}$ erhöhen.
- Menschen mit niedrigem Einkommen, MigrantInnen und insbesondere Frauen aus prekären Lebenssituationen werden auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Diese Diskriminierung muss bekämpft werden!

b. Sicherung einer sozialen Infrastruktur

- Institutionalisierung und Anhebung der Gelder, um die sozialen Einrichtungen der Bezirke wie Beratungs-, Kinder und Jugend-, Versorgungs-, und Bildungseinrichtungen zu stärken.
- Sofortige Übernahme der Tarifierungen bei den Gehältern nicht städtischer Trägern.
- Einführung einer Grundsicherung für Kinder
- Einführung eines echten Sozialtickets, kostenloser HVV für Kinder
- Barrierefreier, inklusiver Zugang für RentnerInnen, die ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes brauchen!

c. Bildung

- Gebührenfreie frühkindliche Bildung ab dem ersten Lebensjahr
- Eine Schule für alle. Keine Trennung der Kinder nach Klasse 4 auf Stadtteilschulen und Gymnasien
- Echte Ganztagschulen mit einer Rhythmisierung des Unterrichts und multiprofessionellen Kollegien
- Stopp der Privatisierung der Bildung
- Kostenloses Mittagessen in Kindergärten und Schulen
- Bessere personelle Ausstattung von Kindergärten und Schulen, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen und in Kindergärten und Schulen mit Inklusionskindern
- Kleinere Lerngruppen und Klassen
- Eine echte Ausbildungsgarantie: Solange es nicht genügend Ausbildungsplätze gibt, sollen die Jugendlichen eine vollqualifizierende außerbetriebliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen machen. Dies wird durch einen überbetrieblichen Ausbildungsfonds finanziert, in den alle Betriebe ab einer bestimmten Größe einzahlen.
- In der Ausbildung und im Studium von ErzieherInnen und LehrerInnen sollten interkulturelle Kompetenz und Gleichstellung/Genderfragen Pflicht sein

d. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

- Einen sozialen Arbeitsmarkt einrichten als öffentlich geförderte Beschäftigung mit Tariflöhnen, absoluter Freiwilligkeit und ohne Verdrängung bestehender Beschäftigung
- Die Mittel für Angebote von Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen müssen gleichlaufend mit der Einrichtung eines echten „sozialen Arbeitsmarktes“ mit regulären Arbeitsplätzen aufgestockt werden
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Sanktionen soll neu gestartet werden; bis dahin soll ein sofortiges Sanktionsmoratorium auf Landesebene im Weisungsweg durchgeführt werden
- Die „Ein-Euro-Jobs“ sowie das Kombilohnmodell „Hamburger-Modell“ zur Förderung vor allem von Leiharbeit soll zugunsten der Förderung von normaler, guter und existenzsichernder Arbeit sofort eingestellt werden
- Auf Landesebene soll die grundsätzliche Entscheidung gegen eine weitere Förderung privater Arbeitsvermittlung zugunsten einer Stärkung der Vermittlungskapazitäten im Jobcenter getroffen werden
- Frauen muss der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden

e. Alleinerziehende und Frauen

- Der Anteil der Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund ist deutlich höher (15%) als ohne (8%). Hier gilt es insbesondere die Armutsgefährdung zu bekämpfen und Diskriminierung zu verhindern (Arbeitsmarkt, Wohnungssuche, Kita-Plätze, etc.)!
- Minijobs werden noch immer mehr von Frauen besetzt und in vielen Branchen, die auch eher „weiblicher“ besetzt sind, sind nur Teilzeitjobs möglich. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen verhindert werden
- Vereinbarkeit von Arbeit und Familie stärken! Kostenlose Kitas machen wenig Sinn, wenn Frauen und Familien keinen Platz bekommen, da Kitas überfüllt sind!
- Maßnahmen aus dem „Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, Menschenhandel und Gewalt in der Pflege umsetzen und erweitern!

f. Ausbremsen der Schuldenbremse

Hamburg spart seine soziale Infrastruktur kaputt. Die Zuwendungen für die Träger sind so knapp bemessen, dass sie ihre Aufgaben kaum noch erfüllen können (jüngstes Beispiel: Einrichtungen der Obdachlosenhilfe und der Opferschutzbereich). Dabei hat Hamburg sein Plansoll sogar übererfüllt. Dies lag an überplanmäßige Einnahmen, geringen Zinszahlungen und geringeren Auszahlungen für die Elbphilharmonie in diesem Jahr. Unter der von SPD, CDU, FDP und Grünen selbstaufgelegten Schuldenbremse, werden nachhaltig die gesellschaftlich stabilisierenden Sozialstrukturen der Stadtteile zerstört. DIE LINKE hat dem als einzige Partei nicht zugestimmt.

Wir fordern einen Stopp der Schuldenbremse.